



Brexit? Die Briten sollen schon bald über einen Austritt Großbritanniens aus der EU entscheiden

David Cameron will vor Ende 2017 ein Referendum über ein mögliches Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union durchführen. Beim EU-Osteuropagipfel kündigte er am vergangenen Freitag an, schon in dieser Woche Gespräche mit Angela Merkel, François Hollande und Jean-Claude Juncker über eine neue Aufgabenverteilung („New Settlement“) zwischen der EU und Großbritannien zu führen. Falls die britischen Wähler damit eine Neuordnung der EU-Kompetenzen verbinden, geht Cameron ein erhebliches Risiko ein. Ob die restlichen Mitgliedstaaten der EU sich tatsächlich auf eine Neuverteilung der Kompetenzen einlassen, ist mehr als fraglich.

Cameron hat seine Forderungen 2013 und 2014 klar geäußert: Weniger Brüsseler Bürokratie und Regulierung, stattdessen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Einschränkung des „Sozialtourismus“ - vor allem aber die Möglichkeit, aus einigen bestehenden Regelungen, etwa bei der Sozialpolitik, aussteigen zu können. Kurz: Ein „Europa à la carte“, statt eine immer engere Integration aller 28 EU-Staaten.

Camerons „New Settlement“:

- Neue Kontrollen zur Vermeidung massiver Einwanderung nach Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur EU.
- Strengere Einwanderungsregeln, um die Einwanderung in die britischen Sozialsysteme zu verhindern.
- Neue Befugnisse für nationale Parlamente, um ungewollte europäische Regulierung zu stoppen.
- Für Unternehmen: Abbau von Bürokratie und exzessiver Einmischung aus Brüssel; schneller Abschluss von Freihandelsabkommen der EU mit Asien und den USA.
- Keine „unnötige Einmischung“ in die Arbeit der britischen Polizei- und Justizbehörden durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.
- Die EU sollte nicht immer neue Kompetenzen („Powers“) von den Mitgliedstaaten bekommen. Sie sollte auch Kompetenzen an die Mitgliedstaaten zurückgeben,
- Abschaffung des Prinzips einer „immer engeren Union“.

Wie wird die britische Abstimmung ausgehen? Umfrageergebnisse des Ipsos MORI Social Research Institute vom Februar 2014 machen den Willen zur Veränderung deutlich: Durchschnittlich 53% der EU-Bürger sehen die Notwendigkeit politischer Änderungen in der EU. Dieser Wunsch ist wesentlich größer in Großbritannien, Schweden, den Niederlanden und Frankreich. Trotzdem will nur eine Minderheit der Briten aus der EU aussteigen. Laut YouGov-Umfrage vom Februar 2015 möchten das nur 35 %. 45% der Briten sprechen sich für den Verbleib in der EU aus – Tendenz steigend. Seit 2010 war der Vorsprung der EU-Befürworter nie größer. Auch die Britische Wirtschaft – nicht zuletzt die City als Londoner Finanzplatz – wirbt offensiv für einen Verbleib in der EU. Das spricht zwar dafür, dass die Briten letztlich gegen den Austritt stimmen könnten. Aber sicher ist das nicht.

Bei einem EU-Austritt Großbritanniens verlöre Deutschland seinen wichtigsten natürlichen Verbündeten. Mit Großbritannien teilt Deutschland die Auffassung, dass sich Volkswirtschaften nur sehr begrenzt politisch steuern lassen und dass wirtschaftliche Freiheit, die in den Schranken der Gesetze gewährt wird, zu Wohlstand führt. Ginge Deutschland dieser Verbündete verloren, könnte die interventionistische Denkschule Terrain gewinnen.

Dass Cameron im Vorfeld des Referendums umfassende Änderungen an der EU durchsetzen kann, ist aber unwahrscheinlich. Zum Einen wollen sich die übrigen Mitgliedstaaten nicht vom einseitig beschlossenen britischen Referendum unter Druck setzen lassen. Zum Anderen sind umfassende Änderungen nur mit einer Vertragsänderung möglich. Diese setzt Einstimmigkeit unter allen 28 Mitgliedstaaten voraus. In manchen Staaten sind Referenden abzuhalten. Die Hoffnung Camerons, dass die von manchen Mitgliedstaaten angestrebte tiefere politische Integration der Euro-Zone eine Vertragsänderung ohnehin wahrscheinlich macht, dürfte sich zerschlagen haben, zumal auch die Bundesregierung betont hat, keine substantiellen Änderungen bei den vier europäischen Grundfreiheiten zulassen zu wollen.

Wahrscheinlicher ist, dass die Mitgliedstaaten Cameron Änderungen anderer Art anbieten werden, von denen auch sie profitieren. Das können sein: eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente, Bürokratieabbau, eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und eventuell kleinere Einschränkungen bei der Inanspruchnahme von Sozialdienstleistungen für EU-Einwanderer. All diese Änderungen dürften ohne

Vertragsänderung machbar sein und hätten den Vorteil, dass sie in allen Mitgliedstaaten (und nicht nur in Großbritannien) der Unzufriedenheit mit der EU Rechnung tragen.

Schon bisher hat Camerons Ankündigung einer Volksabstimmung über einen EU-Austritt dazu beigetragen, dass die EU-Kommission sich eine neue Struktur gegeben hat, mit der Bürokratismus und Überregulierung gestoppt werden sollen. Seitdem hat sie so gut wie keine Gesetzesentwürfe vorgelegt – nicht zuletzt aus Sorge, die Briten könnten noch mehr gegen die EU aufgebracht werden.

Die Experten des cep zum Thema „Brexit“:

- ▶ **Reform der Europäischen Union: Bereitschaft in den zehn größten Mitgliedsstaaten (cepStudie im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, hier: S. 27-33).**

In der Presse:

- ▶ **Badische Zeitung: Deutschland braucht die egoistischen Briten**
- ▶ **Deutschlandfunk: Deutschlandfunk: EU-Austritt hat für Briten keine Vorteile**
- ▶ **Focus: Folgen eines Brexits: Jetzt droht der Kampf der Mega-Finanzplätze**
- ▶ **ORF: „Brexit“-Ängste kommen wieder auf**